

nach Hause zurückgekehrt. Um die Persönlichkeitsrechte des Kindes zu schützen, könnten keine näheren Angaben gemacht werden.⁸

Die übliche Formulierung nährt in den Augen vieler den Verdacht, hier werde etwas vertuscht. Spekulationen lassen den Fall Kreise ziehen. Einen Tag nach dem Dementi der Polizei berichtet ein russischer Fernsehsender von der angeblichen Vergewaltigung eines russlanddeutschen Mädchens in Berlin. Auf Facebook wird der Bericht millionenfach gesehen und geteilt. Andere Medien greifen das Thema auf und konzentrieren sich immer mehr auf den Migrationshintergrund der mutmaßlichen Täter, angeblich der Grund für das »Vertuschen des Falls«. Bei ihnen soll es sich um Flüchtlinge handeln. Von einer »ferngesteuerten deutschen Lügenpresse« ist die Rede, weil diese der offiziellen Darstellung

folge. Trotz Dementi beruhigt sich die Lage nicht. Am 23. Januar demonstrieren Russlanddeutsche vor dem Kanzleramt in Berlin. Plakate werden hochgehalten, auf denen eindeutige Forderungen zu lesen sind: »Wir sind gegen Gewalt« etwa oder: »Hände weg. Von mir und meinem Kind« und »Unsere Kinder sind in Gefahr«; mitunter auch in gebrochenem Deutsch: »Kinder weinen selbe Sprache!« Schließlich meldet sich sogar Russlands Außenminister Sergej Lawrow zu Wort und macht den Fall zum Politikum. Er wirft den deutschen Behörden vor, »die Realität zu übermalen«. Wörtlich sagt er: »Hier müssen die Freiheit und die Gerechtigkeit herrschen. Ich hoffe sehr, dass die Migrationsprobleme nicht zum Versuch führen, die Realität wegen ›political correctness‹ und innenpolitischer Zwecke zu beschönigen.«⁹

Drei Beispiele für politische

Falschmeldungen aus jüngster Zeit, die nicht nur die Gemüter erregt und für Schlagzeilen gesorgt, sondern auch viel Aufmerksamkeit auf das Phänomen Gerüchte gelenkt haben. Zum einen, weil es faszinierend ist zu beobachten, wie bewusst oder unbewusst in die Welt gesetzte Falschmeldungen ebenso bewusst oder unbewusst verbreitet werden. Mitunter genauso faszinierend, in vielen Fällen aber auch verwunderlich, befremdlich, ja mitunter sogar bedrückend ist es, dass viele Menschen solchen Gerüchten Glauben schenken. Gerade, wenn es darum geht, Äußerungen oder Verhalten von Institutionen und Gruppen infrage zu stellen, die über Jahrzehnte als vertrauenswürdig galten, zumindest in Demokratien. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest Dimap von Januar 2017 hielten 42 Prozent der Befragten die Medien in der Bundesrepublik

für nicht glaubwürdig, weitere 37 Prozent gaben an, dass ihr Vertrauen gesunken sei. Ebenfalls 42 Prozent der Deutschen glaubten, dass Staat und Regierung den Medien vorgäben, worüber sie berichten sollen.¹⁰

Der Verlust des Vertrauens, der einhergeht mit geringer Wahlbeteiligung und Parolen wie »Lügenpresse« oder »System-Medien«, offenbart noch mehr. Der Prozess zeigt, wie sehr ein Verhalten wie das von Trump, Farage und Co., aber auch das Agieren vieler Medien in der Flüchtlingskrise, um ein weiteres aktuelles Beispiel zu nennen, das Ansehen von Politikern und Journalisten nachhaltig schädigt – ob die Skepsis und Kritik im Einzelfall nun berechtigt sind oder nicht. Zum Glück wächst mit dem Gefühl, dass die Fälle von Falschmeldungen und Gerüchten, neuerdings »Fake News« genannt, zunehmen, auch das Interesse daran zu verstehen, was hinter ihnen

steckt. Wie sie ihre Wirkung entfalten können. Wie man sie erkennt – und vor allem, wie man sich gegen sie wappnen, ja: wehren kann.

Trumps Ärger über die Berichte seiner Amtseinführung hat selbstverständlich mit seinem Habitus zu tun. Als Außenseiter gestartet, zunächst belächelt, dann attackiert, hat er – was viele bis zum Schluss nicht für möglich hielten – die US-Präsidentschaftswahl gewonnen. Total von sich überzeugt, vielleicht auch genervt ob der großen Zweifel an seinem Charakter und seinem Stil, hat er unmittelbar vor dem 20. Januar 2017 angekündigt, seine Amtseinführung an diesem Tag werde »größer als erwartet«. Man kann seine Enttäuschung nachvollziehen, als genau das dann ausbleibt. Also greift er zu einer Methode, die ihn schon im Wahlkampf begleitet hat: bei öffentlichen Auftritten beliebige Behauptungen aufzustellen, die sie sich schon bei